

26.04.2014

Leserbrief von Dr. Jürgen Scholer, Bonn an den General-Anzeiger (nicht veröffentlicht)

Betrifft Artikel: Überrascht vom aggressiven Ton vom 19.4.2014

Sehr geehrte Damen und Herren der Redaktion,

bei der Auseinandersetzung zwischen dem Rektorat und den Studierenden geht es längst nicht mehr nur um die Frage, welche Dissonanzen es in der Findungskommission gegeben hat. Es geht inzwischen um die kulturpolitische Ausrichtung der Universität insgesamt. Das fehlende Bekenntnis zum Fortbestand des Collegium musicum in Pressemitteilungen und Interviews legt den Verdacht nahe, dass es bereits im Vorfeld des Verfahrens Pläne zur Zerschlagung bestehender Strukturen zu Gunsten des Kulturforums gegeben haben könnte. Das Zerwürfnis in der Findungskommission gibt der Universitätsleitung immerhin die Möglichkeit, in einem beschleunigten Verfahren die eigenen kulturpolitischen Vorstellungen durchzusetzen.

Wer den Schlüssel hat, hat die Macht und so hat die Aussperrung der Musiker hohe Symbolkraft erlangt. Dabei wurde offensichtlich unterschätzt, dass das Collegium musicum über tausende Multiplikatoren in der Öffentlichkeit verfügt. Zwangsläufig musste mit den unausgegorenen und nicht ansatzweise kommunizierten kulturpolitischen Vorstellungen eine Welle des Misstrauens ausgelöst werden.

Es wird argumentiert, dass mehr Geld in die Kultur fließen soll. Der Verwendungszweck ist aber nicht klar und die Refinanzierung über Eintrittsgelder wahrscheinlich. Am Ende müssen Stabsstellen finanziert werden, die die bisherige direkte Kommunikation zwischen den beteiligten Institutionen ersetzen sollen. Selbstverständlich hegen viele den Verdacht, dass dabei auch programmatisch von oben herab Einfluss auf den Inhalt der Kultur genommen werden soll. Das kann sich eine große und freie deutsche Traditionsuniversität aber nicht leisten. Welches Modell wird hier denjenigen Menschen vorgelebt, die später einmal Verantwortung in Politik und Gesellschaft übernehmen werden? Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, dass die kulturellen Institutionen weiterentwickelt und somit auch reformiert werden. Dies hätte aber im Dialog mit allen Beteiligten geschehen müssen und nicht per Dekret. Wie will denn die Kulturintendantin, die in ihrer Biographie keinerlei Berührungspunkte mit dem Musikleben der Universität vorzuweisen hat, mit der Hypothek der Aussperrung belastet zukünftig mit der eingeschüchterten Basis zusammenarbeiten? Es ist längst noch nicht zu spät, wenn der Dialog wieder Einzug hält und an gemeinsamen Zielen gearbeitet wird. In diesem Sinne hoffe ich noch auf einen positiven Ausgang.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Jürgen Scholer